



Stellungnahme zum aktuellen Israel-Palästina Konflikt

Der Angriff der Hamas und die Ereignisse, die sich abspielten, sind unaussprechlich. Es bricht einem das Herz, dass verängstigte Zivilisten in ihren Häusern belagert wurden, wie unschuldige Menschen kaltblütig auf den Straßen, auf Partys und zu Hause ermordet wurden. Hunderte wurden als Geiseln genommen und in den Gaza-Streifen verschleppt.

Als Reaktion wiederholte unsere Politik in den letzten Tagen oft, dass die Sicherheit Israels deutsche Staatsräson sei und Deutschland an Israels Seite stehe. Das kann man für die richtige Konsequenz halten, die man aus der deutschen Geschichte ziehen sollte. In der derzeitigen Situation muss die Politik aber auch klar machen, was das bedeutet. Gerade wird die seit Jahrzehnten ansteigende Spirale aus Hass, Gewalt und Vergeltung zwischen Israel und Palästina wieder weiter gedreht, und wieder sind vor allem die Zivilisten auf beiden Seiten die Leidtragenden. Und wieder stellt sich heraus, dass auch die furchtbare Gewaltorgie der Hamas nicht die Existenz des Staates Israel gefährden kann, dazu ist der Unterschied der Kräfteverhältnisse zu gewaltig.

Nach dem furchtbaren Angriff der Hamas auf Israel richtet sich der Blick jetzt auf Gaza, das die israelische Armee komplett abgeriegelt hat und bombardiert, dort ist die Situation verheerend. Die humanitäre Katastrophe infolge der massiven Zerstörungen und des Fehlens von Strom, Treibstoff und Wasser, wird verstärkt durch die Aufforderung der israelischen Regierung an die Menschen in Gaza, den Norden dieses dicht besiedelten kleinen Stücks Land zu verlassen, und hat Panik ausgelöst. Sie fürchten um ihr Leben, um ihre Häuser und Wohnung und darum, dass sie keinen Ort zur Rückkehr haben werden, wenn sie ihre Wohnorte einmal verlassen.

Es mehren sich die mahnenden Stimmen, dass Israels Recht auf Selbstverteidigung nach den Regeln des humanitären Völkerrechts erfolgen muss, auch wenn der Gegner sie in eklatanter Weise verletzt. Nur so könne man eine Demokratie von Terrororganisationen unterscheiden. Das wichtigste Prinzip ist, dass die Verfolgung des militärischen Ziels verhältnismäßig sein muss. Es sind also nur diejenigen Maßnahmen erlaubt, die zur Beseitigung der Gefahr wirklich nötig sind.

In den arabischen/islamischen Nachbarstaaten Israels wird diese Entwicklung genau verfolgt, es gibt Demonstrationen pro Palästina und gegen Israel. Die aktuelle Situation wird als Folge einer langen Entwicklung unter Missachtung von UN-Resolutionen durch Israel gesehen: die seit 56 Jahren bestehende völkerrechtswidrige Besatzung und fortwährende Annexion palästinensischen Landes; die Blockade des Gazastreifens seit mehr als 16 Jahren, die für die dort lebenden mehr als 2,1 Millionen Palästinenser*innen katastrophale Auswirkungen hat; der Siedlungsbau; der nach einem Gutachten des IGH völkerrechtswidrige Bau der Sperranlage; massenhafte politische Inhaftierungen („Administrativhaft“); bewaffnete Übergriffe mit Verletzten und Toten; Hauszerstörungen, die gegen Art. 49 der auch von Israel unterzeichneten Vierten Genfer Konvention verstoßen.

Dauerhafte Sicherheit wird es für Israel nur in einer friedlichen Koexistenz mit seinen Nachbarn geben, und die erfordert die Lösung des Palästina Konflikts. Wenn die deutsche Politik also im Sinne unserer Staatsräson Israels Sicherheit garantieren will, muss sie aktiv zur Lösung dieses Konflikts beitragen. Auch wenn das bedeutet, Änderungen an der Israelischen Politik anzumahnen. Sie muss sich dafür einsetzen, den Kreislauf der Gewalt zu beenden und an alle Akteure im israelisch-palästinensischen Konflikt appellieren, sich an die Prinzipien des internationalen Völkerrechts und der Menschenrechte zu halten. Es wird keinen Frieden geben ohne ein Ende der völkerrechtswidrigen israelischen Besatzungspolitik sowie eine politische Lösung, die von den Konfliktparteien ausgehandelt werden muss.